

Krakauer Zeitung.

Nr. 164.

Donnerstag, den 21. Juli

1859.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementsspreis: für Krakau 4 fl. 20 Nr., mit Versendung 5 fl. 25 Nr. — Die einzelne Nummer wird mit 7 fl. für jede weitere Einrichtung 3½ fl. Nr.; Stempelgebühr für jede Einschaltung 20 Nr. — Inserate, Bestellungen und Gelber übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung.“ Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Herr J. Sigmund Löbenstein aus Krakau hat zur Befreiung verwundeter Soldaten der k. k. Armee und zwar solcher, welche nach Krakau zuständig sind, den baaren Geldbetrag von 500 fl. österr. Währung gespendet.

Diese patriotische und menschenfreundliche Gabe wird mit dem Ausdruck des Dankes zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Krakau, am 20. Juli 1859.

Nr. 619 prae.

Das k. k. Finanz-Ministerium hat den Finanz-Bezirks-Commissionär zu Tarnów, Camil Nadermann, zum Sekretär bei der k. k. Finanz-Landes-Direction in Krakau ernannt.

Krakau, am 6. Juli 1859.

Nr. 12.629.

Die k. k. Finanz-Landes-Direction in Krakau hat zu stabilen Kanzlei-Assistenten ernannt:

1. Den quiescirens Finanzwach-Commissionär, Ludwig von Nemethy,
2. den quiescirens Kameral-Bezirks-Verwaltungs-Kanzlei-Assistenten, Eduard Sauerma.

Krakau, am 6. Juli 1859.

Nr. 1409 C. i. P. A.

Die Landes-Commission für Personal-Angelegenheiten der gemischten Bezirksämter im Krakauer Verwaltungsgebiete hat die Gerichts-Abjunkten, Albert Ritter von Chłopicki und Eduard Wahn, dann den Bezirksgerichts-Actuar, Walerian Ritter v. Żurowski, zu Bezirksamts-Abjunkten zu ernennen befunden.

Krakau, am 17. Juli 1859.

Auf Allerhöchste Anordnung wird für weiland Ihre Majestät Stephante, Königin von Portugal, die Hoftrauer vom 20. Juli angefangen durch vierzehn Tage und zwar unter Einem mit der weiland Se. Majestät König Oskar von Schweden und Norwegen bestehenden Hoftrauer, mit folgender Abwechslung, nämlich durch die ersten acht Tage, d. i. vom 20. bis einschließlich 27. Juli die tiefe und durch die letzten sechs Tage, d. i. vom 28. Juli bis einschließlich 2. August, die mindre Trauer gezeigt werden.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 12. Juli d. J. den Chef des General-Quartiermeisterstabes, Feldzeugmeister Heinrich Freiherrn von Hess, zum Feldmarschall, mit Beläffung auf den gegenwärtigen Dienstposten, allernächst zu ernennen, demselben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 14. Juli d. J. das Ober-Kommando über die I. und II. Armee, über das k. k. Armeeforps und dann über alle in Italien, Südtirol, Krain, Kärnten und Tirol stehenden Militär-Körper und Anfalten zu übertragen und zur Führung des General-Adjutanten-Geschäfts Allerhöchstes General-Adjutanten, Feldmarschall-Lieutenant Freiherrn v. Schleiter, allernächst zu übertragen.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 13. Juli d. J. allernächst anzurufen geruht, daß Se. Kaiserliche Hoheit der Herr Feldmarschall-Lieutenant, Erzherzog Wilhelm, die Leitung des Arme-Oberkommando in Wien, der Feldmarschall-Lieutenant, Freiherr v. Gynatzen, die vierte General-Direktion bei demselben wieder zu übernehmen und der Feldmarschall-Lieutenant, Freiherr v. Mertens, vorläufig zur Disposition gestellt zu bleiben habe.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Hand-Schreiben das dato Verona am 9. Juli d. J. dem Telegraphisten, Adolph Galleta, in Anerkennung seiner unter schwierigen Verhältnissen beobachteten aufopfernden Pflichttreue, das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allernächst zu verleihen geruht.

Der Minister des Innern hat den Kreiskommissär zweiter Klasse, Karl Mayer, zum Statthalterei-Sekretär in Steiermark ernannt.

Verordnung des Justiz-Ministeriums vom 18. Juli 1859, wirksam für alle Kronländer, mit Ausnahme derselben, in welchen die Ungarisch-Siebenbürgische Proseßordnung gilt, und der Militärgrenze,

über die Einbringung der durch öffentliche oder legalistre Urkunden erwiesenem, dann aller landstädtisch, stadt- oder grundbüchlich einverlebten Forderungen, und über die Credition zur Sicherstellung während eines in der Hauptfache anhängigen Prozesses.

Um die Einbringung der durch öffentliche oder legalistre Urkunden erwiesenem, dann aller landstädtisch, stadt- oder grundbüchlich einverlebten Forderungen zu erleichtern und das Verfahren zur Sicherstellung während eines in der Hauptfache anhängigen Prozesses gehörig zu regeln, wird in Folge Allerhöchster Entschließung vom 12. Juli 1859 nachstehendes verordnet:

S. 1. Die mit der kaiserlichen Verordnung vom 21. Mai 1855, Nr. 95 des Reichs-Gesetzes, erlassenen Bestimmungen über das beschleunigte Verfahren zur Einbringung der auf Notariats-Akten beruhenden Forderungen haben auch dann Anwendung zu finden, wenn über alle Thatsachen, wodurch die Forderung des Klägers gegen den Geplagten sowohl in der Hauptfache, als rücksichtlich der Nebengebühren rechlich begründet ist, der Beweis durch in Urkunft von unbedenklicher äußerer Form beigebrachte Urkunden der nachzeichneten Gattungen hergestellt erscheint, nämlich:

a) Durch gelegentlich aufgefertigte, im Inlande errichtete öffentliche Urkunden;

b) durch Privat-Urkunden, welche von einem inländischen Gerichte oder Notar legalisiert sind;

c) durch Urkunden, auf deren Grund die eingestellte Forderung in einer Landtafel, oder einem Stadt- oder Grundbuche einverlebt erscheint, wenn gegen die gerichtliche Verordnung in Folge deren die Einverleibung vor sich ging, weder ein Refur anhängig, noch auch bucherlich angezeigt ist, daß die Post freitig sei.

Zugleich haben jedoch in dem Verfahren sowohl über Klagen wegen Forderungen der angeführten Art (lit. a, b, c) als über Klagen, welche sich auf Notariatsakte gründen, die nachstehenden Vorschriften zu gelten.

S. 2. Zur Einbringung von Forderungen an Kapital oder Binsen, welchen die Einwendung der Verjährung entgegengesetzt werden könnte, findet die Erlaft eines Zahlungsbefehles nur dann statt, wenn zugleich die Unterbrechung oder Hemmung der Verjährung durch Urkunden der angeführten Beschaffenheit daran hindert.

S. 3. Glaubt der Geplagte, daß der Zahlungsbefehl gegen ihn nicht hätte erlassen werden sollen, so hat er dagegen binnen acht Tagen bei dem Gerichte erster Instanz einzutreten, welches seine Gabe, in so ferne dieselbe nicht Umstände und Beweismittel entfält, welche in der Klage nicht vorgekommen sind, als auch ein Refur anhängig, noch auch bucherlich angezeigt ist, daß die Post freitig sei.

Zude nach diesen Bestimmungen verlegte Sache ist von der Zeit ihres Erlasses an als ein für die eingestellte Forderung ge-richtlich bestelltes Pfand anzusehen.

S. 4. Sind zur Abwendung eines Nachtheiles oder aber zur Erzielung eines Vortheiles bei in Verwahrung genommenen Sachen Vorkehrungen notwendig oder möglich, so können sie auf Begehrungen des einen oder anderen Streitheltes mit Zustimmung des Gegners verfügt werden.

Im Falle eines Streites darüber hat das Gericht mit ihmlichster Berücksichtigung der Rechte des Eigentümers durch Bescheid zu erkennen.

In besonders dringenden Fällen kann über das Ansuchen eines Streitheltes auch ohne Vernehmung des Gegners, die erforderliche Verfügung getroffen werden.

S. 5. Wird gegen eine der in diesem Verfahren ergangenen

Verschreibungen der Refur ergriffen, so muß derselbe bei dem Gerichte erster Instanz schriftlich überreicht oder mündlich angebracht werden.

Bei Vorlage des Refurs an das höhere Gericht ist dem Gegner des Refurkons eine Rubrik des Refurkons oder des aufgenommenen Protolls zu juzustellen.

In dem Refur darf solche Umstände und Beweismittel,

welche in erster Instanz nicht vorgekommen sind, nur dann an-

geführt werden, wenn die Erledigung ohne Vernehmung des Refurkons auf einheitliches Ansuchen des Gegners (S. 6, 8)

erfolgen ist.

S. 6. Refurkons müssen binnen acht Tagen nach Aufführung der

Erledigung, gegen welche sie gerichtet sind, angebracht werden.

Verhandlung über die gegen die Forderung etwa angebrachten Einwendungen, noch in Beziehung auf die Erteilung der Credition bis zur Sicherstellung aussichtsreiche Wirkung.

Im Uedrigen bleiben die Bekünfdungen der §§. 4 und 5 der Verordnung vom 21. Mai 1855, Nr. 95 des Reichs-Gesetzesblattes, hinsichtlich der Erledigung der Klage und der Einwendungen gegen den Zahlungsbefehl, unverändert.

S. 7. Die Credition zur Sicherstellung kann auf das Verwegen des Geplagten durch Bändring und Schaltung oder Sequestration der gesuchten beweglichen oder unbeweglichen Sachen geführt werden. Diese Creditionsarten können auch gleichzeitig stattfinden, und sind selbst dann zulässig, wenn für die eingestellte Forderung schon früher ein Pfand bestellt war, und die Unzulässigkeit derselben glaubhaft dargethan wird.

S. 8. Die Credition zur Sicherstellung ist durch Bescheid ohne Vernehmung des Geplagten zu bewilligen.

Die gesuchten Sachen werden nach Umständen in gerichtliche Verwahrung übernommen oder einem Dritten zur Aufbewahrung gegeben.

Der Kläger hat in Fällen, in welchen ein Sequester aufzustellen ist, denselben sogleich vorzuschlagen; das Gericht soll entweder diesen, oder wenn ihm dagegen Bedenken auftauchen, nach eigener Wahl einen anderen Sequester bestellen und die getroffene Verfügung beiden Theilen bekannt geben. Werden gegen den benannten Sequester Einwendungen angebracht, so hat das Gericht nach Vernehmung beider Partien darüber zu entscheiden.

S. 9. Der Bescheid der Geplagten durch Urkunden von derjenigen Bevölkerung, wie solche zur Erwirkung eines Zahlungsbefehles notwendig sind, daß die Forderung des Klägers an ihn entweder gänzlich oder teilweise nicht zu Recht besteht, so ist auf sein Ansuchen folglich die gänzliche oder teilweise Einführung der Credition zu versuchen. Wenn aber bewiesen wird, daß die Credition in größerem Umfang bewilligt oder vorgenommen worden ist, als zur vollständigen Sicherstellung der eingestellten Forderung somit Zinsen notwendig war, so kann nur die Beschränkung der Credition ange sucht werden.

Hierüber ist folglich eine Tagabfahrt auf möglichst kurze Zeit anzurufen, und sedann durch Bescheid zu erkennen.

S. 10. Dem Geplagten steht jederzeit frei, einen zur Deckung der angebrochenen Forderung sammt Zinsen nötigen Betrag in barem Gelde oder in auf der Börse nothrigen Staats- und Wertpapieren zu Gericht zu erlegen, worauf es folglich von der Credition zur Sicherstellung nach Maßgabe des geleisteten Erlasses abzuholen hat. Derlet Papiere sind als Sicherstellung nur insofern angunstig, als durch ihnen am Tage des Erlasses aus einem amtlichen Blatte bekannte Gourswerthe die eingestellte Forderung sammt Zinsen nach S. 1374 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuchs sicherstellt erscheinen.

Zude nach diesen Bestimmungen verlegte Sache ist von der Zeit ihres Erlasses an als ein für die eingestellte Forderung ge-richtlich bestelltes Pfand anzusehen.

S. 11. Sind zur Abwendung eines Nachtheiles oder aber zur Erzielung eines Vortheiles bei in Verwahrung genommenen Sachen Vorkehrungen notwendig oder möglich, so können sie auf Begehrungen des einen oder anderen Streitheltes mit Zustimmung des Gegners verfügt werden.

Dass dies möglich geworden, beruht zum großen Theile auf der Haltung, welche Preussen in diesen letzten Monaten bewahrt hat. Wer kann verkennen, daß es wesentlich von Preussen abgehängt hätte, dem Kriege die befürchteten Dimensionen zu geben und, indem es selbst in den Kampf eingetreten wäre und Deutschland mit sich hineingezogen hätte, ihm den Charakter jener Kriege aufzuprägen, welche die Ruhe Europas fast für Menschenalter erschütterten?

Wie lebhaft der Enthusiasmus eines Theils des deutschen Volks Preussen dazu Beifall gezaucht haben würde, ist bekannt genug. Nicht unnatürlich war es, daß ein alter Bundes- und Kampfgenosse auf langjährige Sympathien die Hoffnung einer neuen Kriegsgemeinschaft bauen zu können glaubte.

Die Regierung Preußens hat den Aufforderungen widerstanden, und wenn sie jetzt auf die ganze Entwicklung der Dinge zurückblickt und auf das eben ins Leben getretene Resultat hinblickt, kann sie keine Veranlassung finden, ihre Haltung zu bereuen; sie hat die volle, fast ausnahmslose Zustimmung des eigenen Landes dafür gehabt, und sie darf rechnen, daß auch ein Deutschland ihr den Dank für die Bewahrung des Friedens nicht versagen werde.

Preußens Stellung war eine andere, eine schwierigere, als die der beiden übrigen unbeteiligten Großmächte. Die Beziehungen zu Österreich innerhalb des deutschen Bundes, die Nähe des Kriegsschauplatzes an der deutschen Gränze konnten in unerwartetem Augenblick Verpflichtungen auferlegen, deren Bedeutung die Regierung, wie sie durch die vorbereiteten Massregeln der Vorsicht und Abwehr bewiesen hat, nicht verkannte. Um so gewissenhafter mußte sie das

Refur, welche nach Ablauf dieser Frist angebracht werden, hat das Gericht erster Instanz schriftlich zurückzuweisen. In diese Frist sind die Tage des Postlaufes nicht einzurechnen.

S. 12. Die in den §§. 4, 5, 6, Absatz 2, dann 7, 8 und 11 enthaltenen Vorschriften finden auch in allen übrigen Fällen Anwendung, in welchen durch die Gerichtsordnung während der Dauer eines anhängigen Prozesses die Credition zur Sicherstellung als provisorische Vorbehalt bis zur rechtsträchtigen Entscheidung der Hauptfache zulässig erklärt ist. An den für das Wechselsverfahren bestehenden Vorschriften wird dadurch nichts geändert.

Graf Medaßy w. p.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 21. Juli.

Der gestern erwähnte Leitartikel der „Pr. Stg.“, die Rechtfertigungsschrift der Regierung, lautet seinem vollen Inhalte nach, wie folgt:

„Die Überraschung, welche die plötzlichen und unerwarteten Friedensnachrichten zuerst hervorruhen müssen, hat nur wohl einer ruhigen und besonnenen Beobachtung Platz gemacht; und es kommt allmälig zum allgemeinen Bewußtsein, welche große Thatstacte es ist, daß der Friede hergestellt, daß die Beschlüsse eines neuen europäischen Krieges sich auch diesmal nicht erfüllt haben.“

Dass dies möglich geworden, beruht zum großen Theile auf der Haltung, welche Preussen in diesen letzten Monaten bewahrt hat. Wer kann verkennen, daß es wesentlich von Preussen abgehängt hätte, dem Kriege die befürchteten Dimensionen zu geben und, indem es selbst in den Kampf eingetreten wäre und Deutschland mit sich hineingezogen hätte, ihm den Charakter jener Kriege aufzuprägen, welche die Ruhe Europas fast für Menschenalter erschütterten?

Wie lebhaft der Enthusiasmus eines Theils des deutschen Volks Preussen dazu Beifall gezaucht haben würde, ist bekannt genug. Nicht unnatürlich war es, daß ein alter Bundes- und Kampfgenosse auf langjährige Sympathien die Hoffnung einer neuen Kriegsgemeinschaft bauen zu können glaubte.

Die Regierung Preußens hat den Aufforderungen widerstanden, und wenn sie jetzt auf die ganze Entwicklung der Dinge zurückblickt und auf das eben ins Leben getretene Resultat hinblickt, kann sie keine Veranlassung finden, ihre Haltung zu bereuen; sie hat die volle, fast ausnahmslose Zustimmung des eigenen Landes dafür gehabt, und sie darf rechnen, daß auch ein Deutschland ihr den Dank für die Bewahrung des Friedens nicht versagen werde.

Preußens Stellung war eine andere, eine schwierigere, als die der beiden übrigen unbeteiligten Großmächte. Die Beziehungen zu Österreich innerhalb des deutschen Bundes, die Nähe des Kriegsschauplatzes an der deutschen Gränze konnten in unerwartetem Augenblick Verpflichtungen auferlegen, deren Bedeutung die Regierung, wie sie durch die vorbereiteten Massregeln der Vorsicht und Abwehr bewiesen hat, nicht verkannte. Um so gewissenhafter mußte sie das

Bor dem westlichen Portal stand die sogenannte goldene Garde — eine aus Veteranen gebildete Paßwache — und empfing das kaiserliche Paar. Zur Rechten des Wagens war der Kaiser bis zu diesem Punkte geritten; hier stieg Se. Maj. vom Pferde und führte die Kaiserin in die Kirche, während Hofdamen folgten. Der Zug bewegte sich vom westlichen Portal durch die Kirche nach dem südlichen, wo das Kaiserpaar zu dem für den Gottesdienst bestimmten Zelt gelangte. Hier wurden Ihre Majestäten von der Geistlichkeit unter Vortragung zweier Fahnen empfangen. Der Metropolit erschien, der Gottesdienst begann, die Geistlichkeit und die Sänger traten auf die Treppe und die Veteranen-Garde bildete von der Kirchentreppen bis zum Monument Spalier. Der Gesang der Geistlichkeit tönte bis zu unserer Tribüne herüber. Unterdessen hatten die Truppen die Kopfbedeckung ab- und das Gewehr beim Fuß genommen. Die schönen tiefen Männerstimmen der Sänger machten einen feierlichen Eindruck, und über die fast lautlose Menge hinweg konnte man deutlich die einzelnen Absätze im Gremo niell wahrnehmen.

Plötzlich ertönte von einer lauten, klaren Stimme — man sagte mir, es sei diejenige des Kaisers gewesen — ein Commandowort und alle Truppen beugten das Knie. Mein Blick fiel zuerst auf die alten Veteranen, die ihre großen Bärenmützen in der Hand, das Gewehr

*) Inhalten in dem am 19. Juli 1859 ausgegebenen XXXVI. Stücke des Reichsgesetzesblattes unter Nr. 130.

Wie ich höre, wurden diese Ehrenkleider den Kaufleuten als eine Auszeichnung verliehen, und es gefiel mir, daß die schlichten Männer, welche sich durch ihr eigenes Verdienst ihre Stellung erworben, an einem so feierlichen Tage, wie der heutige, dicht in der Nähe der Kaiserin ihren Platz nehmen durften.

Die kaiserlichen Gebäude in der Nähe des Monuments waren für Beamte reservirt und namentlich das der Reichsdomäne für das diplomatische Corps. Wie man mir versicherte, war es von Seiten der Polizei ausdrücklich verboten, was es von Seiten der Polizei zu lassen, damit kein Ung

auf halten, einen solchen Augenblick nicht willkürlich und unberechtigter Weise herbeizuführen.

Gerade durch diese Stellung mußte auch sie besondere sich zu einer Vermittlung aufgefordert fühlen, durch welche sie wünschen und hoffen durfte, ihrem alten Bundesgenossen Opfer zu ersparen, deren Maß und Bedeutung die fernere Entwicklung des Kriegsglückes nicht voraussehen ließ.

Dies Friedenswerk durfte, mußte Preußen als seinen Beruf ansehen; nicht die Theilnahme an einem Kampf, welcher gegen seinen freundschäftslichen Rath, gegen sein ernstes Aburthen begonnen war; — und wenn das neue Friedensmanifest des Kaisers von Österreich das Bedauern ausspricht, daß Österreich diesen Kampf ohne seine ältesten und natürlichen Bundesgenossen habe führen müssen, so hat Preußen wenigstens die kaiserliche Regierung nie darüber im Zweifel gelassen, daß für eine solche Kriegsgemeinschaft die wahre und wesentliche Grundlage fehle, welche nur in der Gemeinschaft der Gründe wie der Zwecke des Krieges liegen kann. Für deutsche so gut wie preußische Interessen, für die Grundlagen der Ruhe Europas kann Preußen das Schwert ziehen; aber nicht für die Aufrechthaltung oder Wiederherstellung eines Zustandes in Italien, den Österreich selbst durch den jüngsten Friedensschluß als unhaltbar anerkennt; nicht für die Feststellung einzelner Bestimmungen der Verträge von 1815 — welche noch zuerst durch jenen Beginn des Krieges selbst in Frage gestellt wurden; denn es wird nicht vergessen werden, daß für den Kongress, dessen Zustandekommen durch Österreichs Aufforderung an Sardinien verhindert wurde, die Verträge von 1815 allseitig als Basis angenommen waren.

Das konnten keine Zwecke und Ziele des Krieges für Preußen sein! Das kein Grund für einen Bundeskrieg, dessen Schauplatz möglicherweise Deutschland selbst geworden wäre! Das kein Anlaß, um Europa unter die Waffen zu rufen!

Hat doch Österreich selbst keinen Grund darin gefunden zum äußersten Aufbieten seiner Kräfte! Nach einem zweimonatlichen Kampfe, aus dem es zwar zurückgedrängt, aber ungebrochen hervorgegangen, zieht es sich vom weiteren Streit zurück, und statt die unerschöpflichsten Kräfte seiner Völker zu neuen Opfern heranzuziehen, schließt es Frieden mit dem Opfer einer Provinz und mit dem Anerkenntnis, daß in Italien eine neue Ordnung der Dinge eintreten müsse. Der Besitz der Lombardei, seine früheren Verträge mit den italienischen Fürsten, der ganze bisherige Zustand der Dinge waren ihm also jene Opfer nicht wert, welche eine fortgesetzte Anstrengung, welche der lezte Entscheidungskampf gefosset hätte; — und für einen solchen Preis, welchen Österreich selbst, wir sagen wahrlich nicht leichten Kaufs, aber doch ohne die äußerste Noth hingiebt, hätte Preußen, hätte Deutschland mit aller Kraft eintreten, und das Blut seiner Söhne opfern sollen?

Wahrscheinlich! Preußen hat sich der hohen Bedeutung der großen Frage des Tages nicht verschlossen; und gerade in dieser Erkenntnis hat es sich gehütet, durch Theilnahme am Kriege diesen zu einem Prinzipienkampf zu machen, der er — das lehrt der Ausgang — für Österreich selbst nicht war!

Es hat keine Ursache zu bedauern, daß seine Vermittelung nunmehr unnötig geworden, deren Durchführung ihm weitere Opfer hätte aufzuerlegen können. Es befindet sich dabei in gleicher Lage mit den übrigen europäischen Mächten, deren Mitwirkung es zu hoffen berechtigt war. Wenn das kaiserliche Manifest andeutet, daß das Eintreten derselben in die Verhandlung minder günstige Bedingungen für Österreich herbeizuführen geeignet gewesen wäre, so dürfen wir es dem gegenüber als Thatsache hinstellen, daß die Voraussetzungen, von welchen Preußen bei seiner Mitwirkung an die andern Mächte ausgegangen, bei weitem günstiger Natur waren, als die jetzt festgestellten Friedenspräliminarien. Und wenn ein Einverständnis der drei Großmächte erreicht wurde, so mußte dies neben dem moralischen Gewicht, welches das Manifest anerkennt, sicherlich auch die Bürgschaft in sich tragen, daß es, wie den Interessen Europas und den Bedürfnissen Italiens, so auch der Ehre und den berechtigten Forderungen der kriegsführenden Mächte selbst gerecht wurde!

Die Regierung Preußens, in der Überzeugung, ihre Pflichten gegen das eigene Land und gegen Deutsch-

land erfüllt und die Rücksichten auf ihre europäische Stellung nicht vernachlässigt zu haben, hat keine Veranlassung, mit der allerdings unerwarteten Wendung unzufrieden zu sein, und indem sie die auf nun nicht mehr wahrscheinliche Eventualität berechneten militärischen Maßregeln einstellt, sieht sie der weiteren Entwicklung mit der Ruhe entgegen, welche ihr mehr als alles andere das Bewußtsein von der vollen Zustimmung des ganzen Volkes gewährt!

Wir wollen nicht die Missstimmung mehren, welche sich gegen Preußen erhebt, darum nur einige Worte ruhig gehaltener objektiver Kritik.

Die Schlussfolgerungen der kgl. preußischen Regierung bewegen sich lediglich in fehlerhaften Einkeln. Die preußische Regierung sondert vor Allem die Sache des deutschen Bundesgenossen von der des deutschen Bundes, sie bezeichnet als das ausschließliche Ziel ihres Strebens: Deutschland den Frieden zu bewahren, als ihre Aufgabe: jedes Einschreiten zu vermeiden, welches möglicherweise zu einem allgemeinen Kriege hätte führen können. Nichtsdestoweniger fühlte sie sich zur Vermittelung, zur bewaffneten Vermittelung berufen, die wie leicht vorauszusehen, im Falle der Verwerfung der versuchten Mediation zu dem allgemeinen Kriege führen müsste, welchen Preußen durch Preisgebung Österreichs, der einen Preis zu vermeiden suchte. Dies der erste Widerspruch. Österreich, sagt die „Preuß. Ztg.“

weiter, hat die Lombardei geopfert und die Ordnung der Dinge in Italien durch seinen Friedensschluß selbst als unhaltbar bezeichnet; wie konnte sonach Preußen zugemutet werden, für diese Güter, welche Österreich ohne Noth hingibt mit aller seiner Kraft einzutreten. Gewiß eine höchst seltsame Schlussfolgerung. Österreich erklärt, es schließe den für ihn ungünstigen Frieden, weil es von seinem ältesten Bundesgenossen im Stich gelassen wurde und dieser erklärt, wir waren berechtigt dich im Stich zu lassen, weil du diesen Frieden schließest. Ferner erklärt die preußische Regierung, für deutsche, für preußische Interessen, für die Grundlagen der Ruhe Europas kann Preußen das Schwert ziehen; aber nicht für die Aufrechthaltung oder Wiederherstellung eines Zustandes in Italien, den Österreich selbst durch den jüngsten Friedensschluß als unhaltbar anerkennt; nicht für die Feststellung einzelner Bestimmungen der Verträge von 1815 — welche noch zuerst durch jenen Beginn des Krieges selbst in Frage gestellt wurden; denn es wird nicht vergessen werden, daß für den Kongress, dessen Zustandekommen durch Österreichs Aufforderung an Sardinien verhindert wurde, die Verträge von 1815 allseitig als Basis angenommen waren.

Das konnten keine Zwecke und Ziele des Krieges für Preußen sein! Das kein Grund für einen Bundeskrieg, dessen Schauplatz möglicherweise Deutschland selbst geworden wäre! Das kein Anlaß, um Europa unter die Waffen zu rufen!

Was damals als recht und billig erkannt wurde, als nur eine Bedrohung des österreichischen Besitzstandes in Italien vorlag, das mußte um so mehr gelten als derselbe durch die Misgunst des Kriegsglückes in der That gefährdet schien. Abgesehen davon, daß Preußen sich nicht veranlaßt sah, dem Herausbeschwoeren einer revolutionären Konflagration ein entschiedenes Halt zuzurufen, die unehrlichen Waffen den Gegnern Österreichs aus den Händen zuwinden, hat Preußen, seine Entschließungen stets den Ereignissen anpassend, geradezu abgelehnt, für die Integrität des deutschen Bruderlandes einzustehen; was also war von einer Mediation Preußens zu hoffen, die erst an jedem Punkte begann, wo Österreichs letzte Hoffnung aufhörte, die im günstigsten Falle nur das verhielt, was Österreich im schlimmsten Falle verlieren konnte, die von einem Frieden spricht, der den „Bedürfnissen Italiens“ und den „berechtigten Forderungen“ der kriegsführenden Mächte gerecht geworden wäre? Was von der Lombardei gilt, müßte für Preußen auch maßgebend sein, wenn das Kriegsglück Österreich noch misshandelt, sicherlich auch die Bürgschaft in sich tragen, daß es, wie den Interessen Europas und den Bedürfnissen Italiens, so auch der Ehre und den berechtigten Forderungen der kriegsführenden Mächte selbst gerecht würde!

Die Regierung Preußens, in der Überzeugung, ihre Pflichten gegen das eigene Land und gegen Deutsch-

gen, daß Deutschland dem mächtigsten Gliede des deutschen Bundes gegenübergestellt werde als Richter über die „berechtigten“ Forderungen seiner Gegner, dagegen mußte Österreich sich vernehmen, daher die Eile, die ihm gebührende Stellung im deutschen Bunde zu wahren, daher der, nach Preußens Ansicht „übereilte“ Friedensschluß.

Was von der Behauptung zu halten, Preußen hätte einen für Österreich günstigeren Frieden zu Stande gebracht, ergibt sich aus den Aufschlüssen, welche das „Journal des Débats“ über Preußens Vermittelungsvorschläge gibt. Nach Angabe dieses Blattes hätte das Berliner Cabinet es auf sich genommen, Österreich zur Annahme der folgenden, einerseits mit Frankreich, andererseits mit den beiden übrigen neutralen Großmächten vereinbarten Friedensbedingungen zu bewegen: „Österreich gibt die Lombardei auf, über welche der Kaiser der Franzosen nach seinem Durchhalten verfügt; als Entschädigung erhält Piemont eine Gebietsabtretung. — Venetien wird einen abgesonderten und unabhängigen Staat unter der Souveränität eines österreichischen Erzherzogs bilden. — Es wird ein Bund der italienischen Staaten gebildet. Ein Congress der Großmächte entscheidet über das Schicksal von Toscana, Modena, Parma. Dieser Congress stellt auch den Theil der öffentlichen Schuld fest, welcher der Lombardei zur Last fällt. Zur Erhaltung der Lombardei war Preußen nur unter der Bedingung bereit, wenn dieselbe mit Venetien vereinigt zu einem unabhängigen Staat unter der Souveränität eines österreichischen Erzherzogs gemacht würde. Dieser Vorschlag wurde selbstverständlich von Österreich, als mit den Bedingungen des Bestandes der Gesamtmonarchie unvereinbar, zurückgewiesen. In Folge dieser Weigerung schickte man in Berlin sich eben an, neue Vorschläge anzuarbeiten, als die zu Villafranca getroffene Vereinbarung bekannt wurde und alle Bemühungen Preußens überflüssig machte.

Die „N. P. Z.“ bemerkt in der Kritik, welche sie über diese offizielle Kundgebung bringt. Wir unsererseits haben uns über die Politik der preußischen Regierung so umständlich ausgesprochen, daß es völlig überflüssig wäre, den einzelnen Säzen des vorstehenden ministeriellen Artikels zu folgen und noch einmal die ganze traurige Geschichte im Detail zu wiederholen. Der Grundfehler aller dieser Raisonnements ist immer dasselbe: man spricht stets von einem Kriege für Österreich, während es sich unserer Meinung nach um einen Krieg handelt für das europäische Recht und die europäischen Verträge. Diese hohen Güter sind jetzt ganz und gar in Frage gestellt, oder vielmehr sind sie befehligt — es wird doch schwerer sein, künftig auf Österreichs Wohlverhalten, auf seine lammherzige Geduld gesetzter Preis sein. Es ist einfach zu verstehen, wenn dies den Angepunkt des europäischen Rechtszustandes bildende, als unumstößlich proklamierte Basis ignorirt wird, sobald eine andere Ordnung der Dinge auf der Spitze eines momentan siegreichen Schwertes zu balancieren scheint.

Das bereits erwähnte Gerücht von einem bevorstehenden Zusammentritt österreichischer und französischer Bevollmächtigten in Zürich befuß weiterer Ausführung der Friedensbestimmungen von Villafranca, insbesondere die „Italienische Konvention“ betreffend, wird der „N. P. Z.“ als höchst wahrscheinlich bezeichnet.

Über die Politik, welche England jetzt nach beendetem Kriege einzuhalten beabsichtigt, wird der „Berliner Bank- u. Handelsztg.“ aus Paris geschrieben: „Nach den Nachrichten, welche in der Diplomatik umlaufen, stände eine anti-französische Diversion in London zu erwarten. Einen geeigneten Vorwand für diese würde die Abreisung Österreichs gegen einen europäischen Kongress geben. Sollte es sich bestätigen, daß Österreich die Mitwirkung der neutralen Mächte an der Regelung der italienischen Angelegenheiten bereits positiv abgelehnt habe, so würde, wie man meint, England an sich nichts dagegen haben, wenn die Besitzveränderungen, welche Kaiser Franz Joseph zugestanden hat, ohne Zuthun Europa's definitiv geregelt werden, dagegen würde England bezüglich der Neugestaltung Italiens in Form eines Staatenbundes seinen Einfluß zu wahren entschlossen sein. Lord John Russell soll durch Lord Cowley es bereits haben aussprechen lassen, daß die Festsitzung der kirchlichen Interessen Italiens und der dem Papst zu überweisen den Stellung ein Zusammenwirken aller Großmächte notwendig erheischen würde, und daß England sich vorbehalten müsse, hierbei mithäufig zu sein. Ich glaube nicht zu irren, wenn ich annehme, daß Lord John Russell auch bereits die Kabinete in Berlin und Pe-

tersburg von seiner Auffassung unterrichtet hat, um deren Zustimmung zu einer gemeinsamen Action zu erlangen.“

Die „Morning Post“, welche anfangs den Friedensschluß sehr enthusiastisch begrüßte, fängt jetzt an, Bedenken Raum zu geben. Sie meint, daß der neue Staatenbund, mit Österreich als dessen integrierendem und somit dominirendem Bestandtheil, nimmermehr dazu angethan sei, die italienische Frage auf die Dauer befriedigend zu lösen. Schließlich bemerkt sie: „Wir können in dieser italienischen Frage noch immer mit Würde, Consequenz und gutem Erfolge auftreten. Wir haben einfach auf Ausführung des von Lord Palmerston vor Ausbruch des Krieges aufgestellten Grundzuges zu bestehen, nämlich darauf, daß der italienische Staatenbund von allen fremden Truppen geräumt werde, und daß sie Kraft eines europäischen Fundamental-Gesetzes nie wieder einzrücken dürfen. Wir müssen ferner der Einführung eines jedwedem österreichischen Elements in die vorgeschlagene Liga entgegentreten. Benedig muß entweder ganz italienisch werden oder ganz österreichisch bleiben.“

Aus Serbien wird gemeldet, daß die Skupstina aufgelöst worden ist, und daß die neuernannten Minister einfach den Befehlen des Fürsten Milosch gemäß handeln, welch Letzterer übrigens die Pforte seine Ergebenheit neuerdings versichert hat.

Österreichische Monarchie.

Wien, 20. Juli. Vor gestern Nachmittags kam in Wiedermannsdorf in einer Fabrik, wie es heißt, in Folge des Bersprungens eines Kessels, Feuer zum Ausbruch, das sich mit Schnelligkeit verbreite. Se. Majestät der Kaiser, eben von Wien nach Laxenburg zurückkehrend, verfügte sich auf die Brandstätte und geruhte verschiedene Befehle zu ertheilen, die gesignet waren, dem weiteren Umschreiten des Feuers Einhalt zu thun.

Die „Grazer Ztg.“ veröffentlicht in ihrem amtlichen Theile eine Kundmachung Sr. Excellenz des Statthalters Grafen Straßoldo, worin derselbe der Bevölkerung dieser Hauptstadt und des ganzen Landes mittheilt, daß Se. Majestät der Kaiser ihn zu beauftragen geruhten, die getreue Stadt Graz und Sein liebes Herzogthum Steiermark Seiner Allerhöchsten Gnade und Huld zu versichern. Se. Majestät würdigten mit gerührtem Herzen die dem Throne und dem Vaterlande in der jüngsten schweren Zeit gebrachten Opfer und sprachen für die vielen Kundgebungen der Freude und Ergebenheit die volste Anerkennung, den wärmsten Dank aus.

Prinz Wilhelm Lippe-Schaumburg, welcher sich im Hauptquartier Se. Majestät des Kaisers in Verona befand, ist gestern hier eingetroffen. Se. kgl. Hoheit der Herzog von Modena wird nun einige Tage hier verweilen und dann vor der Rückkehr nach Italien einen Besuch am kgl. Hofe zu München machen.

Der kaiserlich österreichische Gesandte am Hofe Modena's, Herr Graf Paar, begibt sich am Mittwoch nach Modena.

Die Siedler Israeliten, die bisher nur in einem gewissen Theile der Stadt Häuser und Hausgründen ankaufen durften, sollen jetzt, wie das Siedler-Hirado mittheilt, höheren Orts die Bewilligung erhalten haben, in jedem beliebigen Stadttheile Häuser und Hausgründen ankaufen zu dürfen.

Schon am 13. d. schreibt man der „Dest. Ztg.“ aus Benedig, erhielt der Commandant des französischen, vor Benedig liegenden Geschwaders von seinem Kaiser den Befehl, die adriatischen Gewässer zu verlassen und nach Toulon abzugehen. Dieser Befehl wurde dem französischen Admiral im Wege des bissigen Marine-Commando's zugemittelt, und noch dieselbe Nacht verminderte sich die französische Flotte um einige Schiffe. Den Tag darauf gingen wieder einige Schiffe ab, eben so die folgende Nacht, so daß gestern nur mehr 8 bis 10 Schiffe vor Benedig in Sicht waren; heute Nacht sind nun auch diese bereits verschwunden. Früh Morgens konnte man noch in der Ferne einen weißen Streifen bemerken, es war dies der Rest der Flotte, und gegen 9 Uhr war nur noch eine Fregatte, wahrscheinlich die Arrieregarde, in weiter Ferne sichtbar. Französische Offiziere, welche sich hier verweilten,

ordentlich betrieben wird, nicht in Betracht kommen. Die Cavallerie folgte der Fußartillerie. Die schönen Pferde, die reiche Kleidung und Bewaffnung der Kavallerie ließen mir diese Truppe als die schönste ihrer Gattung erscheinen, die ich in meinem Leben gesehen.

Ihre Hauptverwendung ist, wie ich hörte, der Dienst bei dem kaiserlichen Hofe und namentlich bei Festen, wo ihre reiche Uniform die Aufmerksamkeit aller Fremden auf sich ziehen soll.

Ulmäßig hatte das Publikum sich so weit vorgebrängt, daß der Marsch der Truppen beinahe dadurch bestäigt wurde. Zum Gefolge des Kaisers, welcher zwischen dem Monument und dem Zelte zu Pferde hielt, waren Einzelne hereingetreten, ihnen folgten viele, und es fehlte wenig, so hätten sich Unbescheidene bis zum Kaiser selbst vorgebrängt. Als aber um 2 Uhr die Parade zu Ende war, wendete der Kaiser sein Pferd und bald war er im wahren Sinne des Wortes vom Publikum dicht umringt. Alle nahmen ihre Kopfbedeckung ab und der Kaiser grüßte freundlich nach allen Seiten. Ich hatte einen Anblick, der mir im Herzen wohlthat und der mir sonst noch nie zu Theil geworden. Ein Kaiser mitten unter seinem Volke! Dem Herrscher sah man es an, daß er sich freue über die Beweise der Liebe seiner Beherrschten — und dem Volke, daß es gern in die Nähe des Kaisers kam und nicht besorgen mußte, durch Wache oder Polizei von ihm zurückgedrängt zu werden. In Paris ist es mit Schwierigkeit,

m Arme, auf dem freien Platz knieeten, dann auf die Truppen vor mir, endlich auf meine nächste Umgebung auf der Tribüne.

Es war eine feierliche Stille und ein Moment, der tief ergriff. Ich verstand die Worte des Gebetes nicht, aber ihren Sinn.

Ein großer Theil der Zuschauer auf der Tribüne, zweifelsohne die Russen, beugten das Knie; ein anderer Theil nahm den Hut ab, während ein kleinerer Theil den Hut auf dem Kopfe behielt und zu vergessen schien, welche Achtung der Fremde den Religionsgebrauch der Einheimischen schuldig ist.

Um 11^½ Uhr war der Gottesdienst beendet. Unter Hurrah-Rufen präsentierten die Truppen, und die Artillerie bei der Statue Peters des Großen und die Kriegsschuppen und die Geschütze auf der Festung begannen die Salutschüsse. Daß dieselben noch beendet waren, setzte sich die kaiserliche Familie von der Kirche aus, durch das Spalier der Veteranen, in der Richtung nach dem Monument hin in Bewegung. Der Ober-Ceremonienmeister führte. In langer Reihe, je zu zweien, folgten die Kammerjunker, dann die Kammerherren. Unmittelbar vor der Kaiserin gingen die jungen Prinzen des kaiserlichen Hauses. Die Kaiserin, deren aus Goldstoff bestehende Schleife von 6 Pagen getragen wurde, trug ein Kleid von demselben Stoffe mit einem breiten Hermelinbesatz. Ähnlich war die Toilette der Grossfürstin Konstantin, nur in Silber statt in Gold. Achter der Kaiserin gebrach-

hatten, Benedig besuchen und sich die Stadt in der Nähe ansehen zu dürfen, sind auf die ihnen hierseits gemachten Vorstellungen, daß ihr Erscheinen leicht zu unangenehmen Demonstrationen führen könnte, von ihrem Vorhaben abgegangen. Die versenkten drei Lloydsschiffe werden nun ebenfalls zu Tage gefördert und nach Vornahme der nothwendigen Verbesserungen und Einrichtung, in den Stand gesetzt werden Dienste zu thun, da dieselben nur sehr wenig gelitten haben sollen.

Deutschland.

Die Motivierung des österreichischen (mittlerweile zurückgezogenen) Antrages am Bundesstage in Betreff der Übergabe des Commandos über das Bundesheer an den Prinz-Regenten von Preußen lautet wie folgt:

Die k. k. Regierung hat zur Erfüllung einer für sie aus den obersten Bundeszwecken entstehenden Pflicht und in Beihaltung ihres hohen Vertrauens zu den Regierungen Deutschlands bereits am 2. Mai d. J. der hohen Bundesversammlung eingehende Mittheilung über die auf den zwischen Österreich einseitig, Frankreich und Sardinien anderseits damals ausgebrochenen Krieg bezüglichen Umstände gemacht. Bekanntlich haben seitdem die kriegerischen und politischen Ereignisse in Italien an bedrohlicher Ausdehnung zugenommen.

Der Kaiserliche Hof hat seit Beginn der gegenwärtigen ernsten Verwickelungen die Annahme einer volkstümlichen Kriegsgemeinschaft zwischen Österreich, Preußen und dem deutschen Bunde gewünscht, daher auch allen Anträgen, welche dahin führen könnten, freudig zugestimmt.

Auf Antrag der königlich-preußischen Regierung wurde am 2. d. M. zum Zwecke der Sicherung Deutschlands und seiner Interessen die Zusammenziehung eines Observations-Korps am Oberhain aus den Kontingenten des 7. und 8. Bundeskorps im plamäfigen Zusammenhang mit der von der königl. preußischen Armee beabsichtigten Aufführung beschlossen, wogegen in so weit sie auch am Mittelhain auf äußerpreußischem Bundesgebiet erfolgen sollte, die hohe Bundesversammlung gleichzeitig ihre Zustimmung ertheilte.

Die von der königlich-preußischen Regierung in der außerordentlichen Sitzung vom 4. d. M. gestellten Anträge schließen tatsächlich die Mobilisierung des gesamten Bundesheeres in sich.

Die Kaiserliche Regierung hält demnach den Augenblick dafür geeignet, daß diese Mobilmachung ausgesprochen und auf Grund der Bundes-Kriegsverfassung zur Wahl des Oberfeldherrn geschritten werde. Se. Majestät der Kaiser, des Gesandten allernädigster Herr, werden vertrauensvoll diese Wahl auf Se. königliche Hoheit den Prinz-Regenten von Preußen gelenkt sehen.

Der Kaiserliche Gesandte ist daher mit Beziehung auf die letzterwähnten Anträge der königlich-preußischen Regierung beauftragt, zu beantragen u. s. w. (Folgt der schon bekannte Antrag.)

Der preußische Gesandte am Petersburger Hofe, Hr. Bismarck-Schönhausen, ist nach Berlin berufen worden. Sofort entstand das Gerücht, er sei bestimmt, das Ministerium des Außen zu übernehmen. Die "B. und H.-Z." vernimmt jedoch von unterrichteter Seite, daß Herr v. Schleinitz zunächst in seiner Stellung bleibt und daß die Berufung des Hrn. v. Bismarck mit einem bevorstehenden Ministerwechsel keinen Zusammenhang habe. Nach dem "Dr. Zour." handelt es sich um eine Annäherung an den Petersburger Hof und wäre Hr. v. Bismarck-Schönhausen nach Berlin berufen, um im Betrieb der Herbeiführung der früheren intimen Beziehungen die nötigen Instructionen zu empfangen.

Die Eröffnung des bayerischen Landtages durch Se. Majestät den König sollte nach neuerer Bestimmung am 20. d. stattfinden. Dem Vernehmen nach wird für die außerordentlichen Bedürfnisse der Armee blos die Summe von 10 Millionen Gulden beantragt werden, während dieses Postulat ursprünglich 30 Millionen betragen haben soll.

Frankreich.

Paris, 17. Juli. Der "Moniteur" wird in allerkürzester Frist ein Manifest Louis Napoleon's an das Volk von Paris veröffentlicht, in welchem der Friede erläutert oder — entschuldigt werden soll. Auch ten eigener Art verknüpft, wenn jemand dem Herrscher in dieser Weise (oder überhaupt in irgendeiner) nahm wollte — hier ist dies dem Minister wie dem Bauer ein Leichtes. Nach Beendigung der Parade führen Ihre Majestät die Kaiserin und H. k. k. H. die Grossfürstinnen unter Escorte der asiatischen Leibwache nach dem Winter-Palais zurück. Der Kaiser und die Brüder Sr. Majestät folgten dorthin zu Pferde.

Bermischtes.

** Der Haupttreiber in der letzten Ziehung der Fürst Salm-Löse ist zu Kraft in Mähren gemacht worden und zwar von drei Theilnehmern, von denen auf Zisterneiter G. 26.000 fl., Kupferthmied S. 13.000 fl. und Buchhalter E. 1000 fl. entfallen.

** Die gigantische und prachtvolle russische Schrauben-Fregatte "Admiral-General" — ein bezeichnender Name — die zu New-York auf dem Werft des Herrn Webb gebaut ist, warf Abends um 5^h Uhr am 28. Juni auf ihrer Fahrt nach Kronstadt auf der Rède von Überbourg Ank. Die Franzosen also die Gelegenheit gebaut, ein russisches Kriegsschiff, und zwar Sie hat eine Länge von 325 Fuß, 55 Fuß Balkenbreite, 34 Fuß Raumtiefe, eine Tragfähigkeit von 6000 Tonnen und wird mit 90 Feuerkülden armirt werden. Ihr Schraubenwerk ist ganz von Bronze und wiegt 13 Tonnen (à 20 Centner). Sie wird mit zwei Maschinen, sechs Ketten und 50 Degen versehen. Sie hat 6½ Millionen gestossen, und ist bereits in Kronstadt angelangt.

** Am 1. Juli ist in St. Louis in Amerika ein Herr Wiss in einem Ballon aufgestiegen, um eine Lustreise nach Europa anzutreten!

soll darin auf eine künftige liberale Färbung des Gouvernement hingewiesen werden. Ferner soll die Bekündigung einer umfassenden Amnestie (wahrscheinlich am Napoleonstag) bevorstehen (???) — Der Kaiser kam heute Morgens um 10 Uhr in St. Cloud an, ohne Paris zu berühren. Auf dem Bahnhofe in St. Cloud empfingen denselben die Kaiserin, der kaiserliche Prinz in der Uniform eines Corporals der Grenadiere der Garde, der Prinz Murat und viele andere sehr hohe Beamte. Die Bewohner von St. Cloud hatten sich in großer Menge eingefunden, und der Ruf: „Es lebe der Befreier Italiens!“ „Es lebe der Sieger von Solferino!“ ertönte von allen Seiten. Als der Kaiser aus dem Waggon stieg, näherte sich ihm die Kaiserin, den kaiserlichen Prinzen an der Hand führend. Der Kaiser, dessen Gesicht sehr gebräunt ist, schien sehr wohl und munter zu sein. Er nahm den kaiserlichen Prinzen auf den Arm und küsste ihn mehrere Male. In seinem Gefolge befanden sich die Adjutanten, Ordinanz-Offiziere und sonstige Personen, die dem Kaiser während des Feldzuges attachirt waren. Von dem Bahnhofe begaben sich der Kaiser, die Kaiserin, der kaiserliche Prinz und sein Gefolge nach dem Schlosse und dann nach der Schlosskapelle. Nach dem Gottesdienst empfing der Kaiser die Minister. An Paris ging die Rückkehr des Kaisers ganz unbemerkt vorüber. Der letztere will bekanntlich erst an der Spitze der Armeen seinen Einzug halten. — Kardinal de Bonald, Erzbischof von Lyon, hat ein Kundschreiben an die Pfarrer seines Sprengels erlassen, worin er sie auffordert, für die National-Subscription zu Gunsten der Familien verwundeter oder getöteter Militärs zu wirken, die Beiträge zu sammeln, auch Beiträge an Einwand, Charpie u. s. w. anzunehmen und Trostungen für die betroffenen Familien, so wie Gebete für die im Kampfe gefallenen Militärs hinzuzusagen. — Alle englischen Journale (selbst die "Times") mit Ausnahme der "Morning Post", des "Morning Chronicle" und des "Globe" sind heute in Paris nicht ausgegeben worden.

In Marseille haben am 16. d. fünf neue politische, von einer Fregatte escortierte, Fahrzeuge 2000 aus dem Dienste des Königs von Neapel entlassene Schweizer ausgeschifft, welche sich sofort auf der Eisenbahn von Lyon nach ihrer Heimat zurückbegaben.

In Marsaille haben am 16. d. fünf neue politische, von einer Fregatte escortierte, Fahrzeuge 2000 aus dem Dienste des Königs von Neapel entlassene Schweizer ausgeschifft, welche sich sofort auf der Eisenbahn von Lyon nach ihrer Heimat zurückbegaben.

London, 16. Juli. Das "Court Journal" schreibt: Ein bestimmter Tag für die voraussichtliche Vertragung des Parlaments wird noch nicht genannt. Obwohl in amtlichen Kreisen das Gerücht, die Minister rechneten darauf, alle Geschäfte bis zum 20. August erledigt zu haben. Seit der plötzlichen Beendigung des Krieges jedoch hat sich eine weit größere Rührigkeit in den meisten der öffentlichen Departements fundgegeben, und man erwartet jetzt, daß die Prorogation früher stattfinden wird."

Italien.

In Turin steigt die Erbitterung über den Friedensschluß. Man schreit Verrath; es gibt Manche, die naiv genug sind, die Fortsetzung des Kriegs anzurathen. Andere sprechen davon, die dreifarbiges Cocarde zu verschleieren; die Portraits unserer Befreier verschwinden, und das Bild Orsinis wird dem Publikum von Neuem zum Verkauf angeboten. Man dachte eben, es werde nicht ein Österreicher diesseits der Alpen bleiben; man dachte, daß der Herzog von Modena und der Großherzog von Toscana ein für allemal fort seien. Alle diese Hoffnungen blieben unerfüllt: Österreich weit entfernt, die Linie des adriatischen Meeres aufzugeben, tritt in die italienische Conföderation, wo es die Oberherrschaft ausüben wird, welche ihm seine Familien-Verbindungen und seine Bataillone sichern; die Aufrührer von Modena und Toscana, anstatt an Stelle ihrer legitimen Souveräne zu herrschen, erhalten Amnestie für das, was sie begangen haben; der Papst, anstatt seine Krone zu verzieren, wird Präsident der Conföderation. Am erbittertesten ist man darüber, daß Österreich italienische Macht und daß es im Besitz der Festungen Peschiera und Mantua bleibt und die Lombardei, die nun mehr vollkommen wehrlos gewordene, militärisch vom Festungs-Wierack aus vollständig in der Hand hat. — Als in Mailand, schreibt man der K. B., die Friedensbedingungen bekannt wurden, war der erste Eindruck höchst schmerzlicher. Die Aufregung nahm im Laufe des Tages fortwährend zu; an mehreren Punkten der Stadt bildeten sich Volksansammlungen, und als man nun gar Cavour's Entlassung erfuhr, wurde die Niedergeschlagenheit allgemein. Am folgenden Tage 13. Juli, traf dann der König Victor Emanuel in Mailand ein; das Volk jubelte zwar, doch die Freude kam nicht von Herzen. Am 14. Juli lief dann die Proklamation des Kaisers Napoleon an die Armee und die Nachricht ein, daß Napoleon III. über den Mont Genis heim eile. — Auch der bisherige Statthalter der Lombardei, Herr Vigliani, hat am 14. seine Entlassung eingereicht. — Nebrigens geht die Restauration in den italienischen Staaten sehr rasch vorwärts. Die erzherzogliche Familie Este soll bereits Notificirung davon erhalten haben, daß der über ihre Güter verbangte Sequester wieder aufgehoben wurde. Desgleichen wird der Jesuiten-Orden die ihm von der provisorischen Regierung entzogenen Häuser und Collegien wieder zurück erhalten. Die vertriebenen Ordensmitglieder hatten inzwischen ihren Aufenthalt größtentheils in Benedig und Verona genommen. Auch den aus Mailand vertriebenen Jesuiten soll von der piemontesischen Regierung auf Verwendung des Kaisers der Franzosen ausnahmsweise gestattet worden sein, nach Mailand zurückzukehren.

Wie schon erwähnt, hat die Nachricht von dem Abschluß des Friedens in Florenz eine große Aufre-

gung hervorgebracht. Die an den Mauern angeheftete Friedens-Depeche ward an vielen Orten heruntergerissen, die Offizin des "Monitore Toscano" zerstört und die zur Verfendung bereiten Exemplare des Blattes wurden verbrannt. Am folgenden Tage, 13. Juli, erschien eine von der provisorischen Regierung der außerordentlichen sardinischen Kommission, Herrn Buoncompagni, unterzeichnete, zur Ruhe ermahrende Proklamation, deren Anfang lautet: „Die Kunde von Ereignissen, welche die schönen Hoffnungen unterbrechen, verursacht einen tiefen und allgemeinen Schmerz. Die Regierung sieht eure Empfindungen. Trotzdem dürfen wir uns nicht der Entmutigung überlassen und müssen auf rechtlichere Einzelnotizen in Bezug auf die uns gemeldeten Thatsachen warten. Unter den obwaltenden Verhältnissen müssen wir unsere Reihen enger schließen, um unsere Fertigkeit zu zeigen und den Beweis zu liefern, daß wir verdienst, Bürger eines freien und unabhängigen Landes zu sein. Solange wir uns diese Fertigkeit bewahren, werden nicht alle unsere Hoffnungen verloren sein.“ „Morgen“, heißt es zum Schlüsse der Proklamation, wird die Consulta sich versammeln, und im Einvernehmen mit ihr wird die Stimme Toscana's sich dem Könige Victor Emanuel gegenüber, auf den wir unser ganzes Vertrauen setzen, vernehmen lassen. Toscana wird nicht gegen seinen Willen in Widerstreit mit seinen Rechten abermals unter das Joch oder den Einfluss Österreichs gerathen.“ Eine im ähnlichen Geiste gehaltene Proklamation an die Bewohner von Florenz erließ der Gonfaloniere Bartolomei. — Auch der „Corriere Mercantile“ schreibt: „Die toskanische Consulta hat, wie man uns aus Florenz, 13. Juli, schreibt, in ihrer Sitzung vom 12. einstimmig die Einverleibung in das neue Königreich des Hauses Savoien als die beste und erwünschteste Lösung beschlossen. Zwei an den Kaiser der Franzosen und den König von Sardinien gerichtete Adressen in diesem Sinne wurden vorliegen. Die Consulta verlangt, daß Toscana in keinem Falle wieder unter das Joch österreichischer Prinzen gebeugt werde.“

In Marsaille haben am 16. d. fünf neue politische, von einer Fregatte escortierte, Fahrzeuge 2000 aus dem Dienste des Königs von Neapel entlassene Schweizer ausgeschifft, welche sich sofort auf der Eisenbahn von Lyon nach ihrer Heimat zurückbegaben.

London, 16. Juli. Das "Court Journal" schreibt: Ein bestimmter Tag für die voraussichtliche Vertragung des Parlaments wird noch nicht genannt. Obwohl in amtlichen Kreisen das Gerücht, die Minister rechneten darauf, alle Geschäfte bis zum 20. August erledigt zu haben. Seit der plötzlichen Beendigung des Krieges jedoch hat sich eine weit größere Rührigkeit in den meisten der öffentlichen Departements fundgegeben, und man erwartet jetzt, daß die Prorogation früher stattfinden wird."

Nach Berichten aus Turin vom 19. Juli, ist es Rattazzi gelungen ein Cabinet zu bilden. General La Marzolla wird wahrscheinlich Konseils-Präsident. Die „Gazzetta di Modena“ vom 11. Juli veröffentlicht folgendes Dekret: Die königliche Regierung der Provinzen von Modena. In Anbetracht, daß Franz V. von Österreich-Este gemeinschaftliche Sache mit Österreich mache, welchem er, die unveräußerlichen Rechte der Nation verlehnt, diese Provinzen unterwarf; in Anbetracht, daß die Stadt Modena u. a. beträchtliche Lasten für Zwangs-Lieferungen an die Österreichische auf Befehl Franz V. zu tragen hatten und deren Rückerstattung fordern, wird verfügt: Art. 1. Die modenesischen Provinzial-Städte werden ihre Forderungen an den Staat für Lieferungen an die österreichischen Truppen liquidieren. — Art. 2. Diese Summen werden genannten Städten aus den Erträgen auf diesen kurzen Feldzug stolz zu sein. In vier Gesetzen und zwei Schlachten wurde eine zahlreiche Armee, die hinter großen Festungen versteckt und gegen jede Flankendivision durch die Neutralität angrenzender Territorien geschützt Feind in der Fronte anzugreifen. Indem ich so einen langen und unfruchtbaren Belagerungskrieg begonnen hätte, fand ich in unserem Angesicht Europa in Waffen, bereit unsere Erfolge zu bestreiten oder unsere Unfälle zu erschweren.

Nichtsdestoweniger hätte die Schwierigkeit des Unternehmens weder meinen Entschluß erschüttert, noch den Aufschwung meiner Armee gebremst, wenn die Mittel nicht außer Verhältnis mit dem zu erwartenden Resultate gestanden wären. Man mußte sich entschließen, künftig die durch die neutralen Territorien entgegenstehenden Hindernisse zu brechen und alsdann den Kampf am Rheine, wie an der Esch annehmen; man mußte sich überall offen durch den Widerstand der Revolution befestigen; man mußte noch mehr des kostbaren Blutes vergießen, dessen schon so viel geslossen war; kurz, um zu siegen, mußte man wagen, was einem Souverän nur für die Unabhängigkeit seines Landes auf das Spiel zu setzen erlaubt ist.

Wenn ich stille stand, so geschah es nicht aus Erzmattung oder Erschöpfung noch um eine edle Sache fallen zu lassen, sondern weil in meinem Herzen das Interesse Frankreichs das höchste ist. Glauben Sie, daß es mich nicht Überwindung kostete, die Begeisterung der Soldaten zu zugeln offen vor Europa mein Programm bezüglich des Territoriums vom Po bis zum Adriatischen Meere zu beschränken, manche edle Illusionen und patriotische Hoffnungen im Interesse der Unabhängigkeit Italiens zu zerstören? Ich habe den Krieg wider Willen Europa's gemacht, seit dem Augenblick als politischer Beziehung seine Natur zu wechseln. Ich war bedenklicher Weise gezwungen, einen hinter großen Festungen versteckt und gegen jede Flankendivision durch die Neutralität angrenzender Territorien geschützt Feind in der Fronte anzugreifen. Indem ich so einen langen und unfruchtbaren Belagerungskrieg begonnen hätte, fand ich in unserem Angesicht Europa in Waffen, bereit unsere Erfolge zu bestreiten oder unsere Unfälle zu erschweren.

Die Frage von der Aufhebung der Leibeigenen-

schafft schreitet, wie die "B. H." aus St. Peters-

burg berichtet, ihrer Lösung rüstig entgegen. Wäh-

rend das Hauptcomité mit Sichtung und Prüfung

des von Gouvernements-Comités herbeigehofften Ma-

terials eifrig beschäftigt ist, schließt ein Bauern-Comité

nach dem andern in den Gouvernements seine Arbei-

ten und sendet seine Elaborate dem Minister des In-

tern ein. — Die Mäßigkeits-Gesellschaften mehren sich

mit einer die Branntweinpächter zur Verzweiflung brin-

genden Schnelligkeit. Im Gouvernement Smolensk

legten 2200 Bauern der Gräfin Subow das Gelübde

ab, sich des Branntweingenusses zu enthalten; im Kreise

Brüssel (Gouvernement Wołosz) haben 20.000

Bauern auf einmal dasselbe gethan, wiewohl nach den

bezüglichen Berichten die Branntweinpächter alle mög-

lichen Manöver ins Werk setzen, um es zu verhindern.

Sie schenken schließlich den Branntwein unentgeltlich

aus, die Bauern tranken denselben, erklärten aber, daß

sie dennoch keinen kaufen würden. Dabei fehlt es

nicht an Rauferei und Spottungen in Folge bö-

williger lügenhafter Gerüchte. Bei der Stadt Spass

(Gouvernement Tambow) wurden in einigen Dörfern

und Weilern von Bauern und unbestimmt beurlaubten

Soldaten die Branntweinpächterhäuser, Magazine und

Schänken total ausgeplündert und vermüsst.

Turin, 20. Juli. Einem bissigen Blatte zu-

folge sind beruhigende Nachrichten aus Italien einge-

laufen, die Aufregung der Gemüther beginnt sich aller-

wärts zu legen. Einem Pariser Gerüchte zufolge wäre

Dr. de la Guerronnière bestimmt den Herzog von Padoue

im Ministerium des Innern zu ersezten.

Turin, 19. Juli. Das neue Kabinett ist folgen-

dermaßen gebildet: Die Präsidenschaft erhält der

Kriegsminister Lamarmora, die auswärtigen Angele-

heiten General Dabormida, das Innere Rattazzi, die

Finanzen Uytara, die öffentlichen Arbeiten Marchese

Monticelli, Justiz Miglietti.

Kopenhagen, 19. Juli. Ein kgl. Patent vom

18. d. M. ist erschienen, womit angeordnet wird, daß

die außerordentliche holsteinische Stände-

versammlung nicht stattfinden solle.

Amtsblatt.

N. 5131. Edict. (588. 1—3)

Vom k. k. Landesgerichte in Krakau wird bekannt gemacht, es sei am 27. November 1847 zu Krakau Martin Sropinski ohne Hinterlassung einer lebenswollen Anordnung verstorben. Da die Kinder desselben auf dessen Nachlass verzichteten, so werden alle jene, welche auf jenen Nachlass aus was immer für einem Rechtsgrunde Anspruch zu machen gedenken, aufgefordert ihr Erbrecht binnen einem Jahre von dem unten gesetzten Tage gerechnet bei diesem Gerichte anzumelden und unter Ausweisung ihres Erbrechtes, ihre Erbserklärung anzu bringen widrigens die Verlassenschaft, für welche inzwischen Hr. Appellat. Dr. Geissler als Verlasse-Curator bestellt wurde, mit denjenigen, die sich erbserklärt haben werden, verhandelt und ihnen eingearbeitet, der nicht angestrebte Theil der Verlassenschaft aber, oder wenn sich Niemand erbserklärt hätte, die ganze Verlassenschaft vom Staate als erblos eingezogen würde.

Krakau, am 27. Juni 1859.

3. 3140. civ. Edict. (587. 1—3)

Vom Neu-Sandec k. k. Kreisgerichte wird den dem Leben und Wohnorte nach unbekannten a) Adam Potocki, b) Constantia de Bzowskie 1. Che Potocka, 2. Jordan, c) Stanislaus Duleba, d) Antonia de Duleby Potocka, der Erbmasse des Stanislaus Letowski, diesem Stanislaus Letowski selbst und den dem Leben und Wohnorte nach unbekannten zu dieser Massa konkurrierten Gläubigern, ferner den allfälligen Namen, Leben und Wohnorte nach unbekannten Erben und Rechtsnehmern aller obigen Belangen mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider dieselben die H. Apolinar, Victor, Paul und Eugen Zielinski als erklärte Erben nach Eduard Zielinski wegen Löschung aus dem Lastenstande der Hälfte des Gutes Krasne und des Vorwerkes Mecina des zu Gunsten der Constantia de Bzowskie Potocka haftenden lebenslanglichen Fruchtgenusses sammt Asteuflasten eine Klage angebracht, und um richterliche Hilfe gebeten, worüber die Tagfahrt zur mündlichen Verhandlung auf den 31. August 1859 um 10 Uhr Vormittags festgesetzt wurde.

Da der Aufenthaltsort dieser Belangen unbekannt ist, so hat das k. k. Kreisgericht zu deren Vertretung und auf deren Gefahr und Kosten den hiesigen Landesadvokaten Dr. Micewski mit Substitution des Landesadvokaten Dr. Pawlikowski als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsfache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict werden demnach die Belangen erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Kreis-Gerichte anzusegnen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabförmung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werden.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.

Neu-Sandez am 20. Juni 1859.

N. 4153. Edict. (585. 1—3)

Vom k. k. Tarnower Kreis-Gerichte wird den unbekannten Mitgliedern des bestandenen lebmerger Landrechtes und der Gr. Constantia de Worzelle Gräfin Dulsko mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider dieselben Hr. Franz Dolinski wegen Erstabulierung des Doin. 134 p. 163 n. 44 on. zu Gunsten des Joseph Urbanski intabulierten Fruchtgenusses des Gutsantheils Nockowa sammt der daneben dom. 134 p. 164 n. 45 on. intabulierten ursprünglich der Nachlasmasse nach Leon Leonhard Grafen Worzell gehörigen Summe pr. 31079 fl. 53 kr. W.W. sammt Bezugsposten und Asteuflasten aus dem Lastenstande des 1/3 Theiles der Güter Nockowa unter 6. December 1858 p. 17486 eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber eine Tagfahrt auf den 20. October 1859 um 9 Uhr Vormittags bestimmt wird.

Da der Aufenthaltsort der Belangen unbekannt ist, so hat das k. k. Kreis-Gericht zu deren Vertretung und auf deren Gefahr und Kosten den hiesigen Landesadvokaten Hrn. Dr. Rosenberg mit Substitution des Landesadvokaten Hrn. Dr. Jarocki als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsfache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict werden demnach die Belangen erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Kreisgerichte anzusegnen, überhaupt die zu Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabförmung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werden.

Vom k. k. Kreisgerichte.

Tarnow, am 28. Juni 1859.

3. 3183. Edict. (583. 2—3)

Vom Tarnower k. k. Kreisgerichte wird dem, dem Wohnorte nach unbekannten Felicjan Bolechowski bekannt gemacht, es habe wider ihn und Consorten Hr. Dr. Adalbert Bandrowski wegen Zahlung der Beträge von 119 fl. 350 fl. 20 fl. EM. etc. s. N. G. unter dem 12. Juli 1855 p. 3182 eine Klage überreicht, worüber nach bereits ganz durchgeführten Rechtsstreit das am 23. September 1858 p. 14047 verfasste Urkundenverzeichniß aufgelöst und zur mündlichen Verhandlung mit Felicjan Bolechowski über obige Klage die Tagfahrt auf den 15. September 1859, 9 Uhr Vormittags festgesetzt wird.

Da der Aufenthaltsort des Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Kreisgericht zu dessen Vertretung in dieser Rechtsfache den hiesigen Landesadvokaten Hrn. Dr. Grabczyński mit Substitution des Hrn. Landesadvokaten Dr. Stojalowski zum Curator bestellt.

Der Belangte Felicjan Bolechowski wird demnach aufgefordert, bei den oben festgesetzten Tagfahrt entweder persönlich zu erscheinen, oder dem bestellten Vertreter seine Beihälften mitzutheilen, oder einen anderen Sachwalter dem Gerichte nahmhaft zu machen, widrigens er den bereits in diesem Rechtsstreite eingebrochenen Schriftstücken für beitreten angesehen und hierüber erkannt werden wird.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.

Tarnow, am 14. Juni 1859.

N. 4896. Rundmachung. (575. 2—3)

Laut Erlasses des hohen k. k. Handels-Ministeriums vom 19. Juni 1859 p. 11768—2006 sind in Folge der Kriegsverhältnisse Briefpostsendungen nach der Lombardie, die Provinz Mantua ausgenommen, ferner jene für das ganze außerösterreichische Italien nicht mehr über das lombardisch-venetianische Königreich, sondern über die Schweiz zu instradiren.

Die fräglichen Correspondenzen müssen bis Feldkirch mit Marken frankt aufgegeben werden. Eine weitere Frankirung kann ebenso wenig als die Absendung unfrankirter Briefe stattfinden.

Fahrrpostsendungen nach der Lombardie, die Provinz Mantua ausgenommen und jene nach dem ganzen außerösterreichischen Italien dürfen von den k. k. Postämtern nicht aufgenommen und die bei derselben einlaufenden müssen an die Aufgabsorte zurückgeschickt werden.

Die Brief- und Fahrrpostsendungen welche das k. k. Feldpostamt der II. Armee in Italien zu vermittelnden hat, sind nach den Bestimmungen des Erlasses vom 11. Juni 1859 p. 11164—1862 jedoch mit der Abweichung zu behandeln, daß die fraglichen Correspondenzen und Feldsendungen nunmehr so zu taxiren sind, wie jene an das Postamt beziehungsweise von Verona. Brief- und Fahrrpostsendungen nach der Schweiz dürfen gegenwärtig nicht über das lombardisch-venetianische Königreich instradirt werden.

Die Instraditung jener Briefpostsendungen nach der Schweiz, welche bisher über das genannte Königreich geleitet worden sind, ist nunmehr in der Art vorzunehmen, wie es für Correspondenzen nach Bern vorgezeichnet ist. Dieser Instraditung gemäß hat auch die Taxirung zu erfolgen. Die bezüglichen Fahrrpostsendungen nach der Schweiz sind ausschließlich über Tirol zu instradiren.

Als Tagzentrumpf zu Berechnung des Porto für Österreich und die Schweiz hat dabei zu gelten: „Mitte Feldkirch-Haag-Oberried.“ Welches hemit zur allgemeinen Kenntnis gebracht wird.

Bon der k. k. galiz. Post-Direction.

Lemberg, am 6. Juli 1859.

N. 3487 jud. Edict. (574. 3)

Vom k. k. Bezirksamt, als Gericht zu Biala werden auf Ansuchen des Krakauer Landesgerichts vom 30.

Mai l. J. p. 6365 zur executive Veräußerung der zur Hälfte in die Daniel Gumpertsche Verlasmasse und zur andern Hälfte der Friederike Gumpert gehörigen sub Nr. C. 200 fl. EM. o. c. zwei Tagfahrten zum 16. August und 15. September l. J. jedesmal Früh 10 Uhr im hiesigen Gerichtslocal mit dem Besatz ausgeschrieben, und die vorschreitmaßen Kundmachungen veranlaßt, daß dieses Reale sammt Zugehör. bei keiner dieser Teilbietungen unter dem mit 193 fl. 19 1/2 öster. W. erhobenen SchätzungsWerths werde hinzugegeben, und daß in sofern diese beiden Licitationstagfahrten ohne Erfolg verbleiben sollten, zur Einvernehmen der Tabulargläubiger wegen erleichternden Bedingungen ohne Übernahme dieser Realität um den SchätzungsWerth die Tagfahrt zum 20. September l. J. Vormittags 9 Uhr mit dem Anhange angeordnet, und hiezu die Tabulargläubiger vorgeladen werden, daß die Ausbleibenden zur Mehrheit der Erscheinenden gezählt werden würden.

Kauflustige haben sich mit dem Badium von 193 fl.

30 kr. öster. Währ. zur Zeit und am Ort einzufinden,

wo ihnen die näheren Licitationsbedingnisse mitgetheilt werden, und hier auch den Tabulartract und Schätzungs-

act einsehen können.

1. Das Gesamtporto für einen frankirten Brief aus Großbritannien nach Österreich beträgt sechs Penie, für einen frankirten Brief aus Österreich nach Großbritannien 25 Neukreuzer für jedes Roth.

Das Gesamtporto von 25 Neukreuzern setzt sich zusammen:

a) aus dem ermäßigten britischen und dem belgischen Porto von zusammen 15 Nkr. pr. Roth.

b) aus dem ermäßigten deutsch-österreichischen Vereins Porto von 10 Nkr. pr. Roth.

2. Das Gesamtporto für unfrankirte Briefe aus Großbritannien nach Österreich bleibt, wie bisher, mit acht Penie, für unfrankirte Briefe aus Österreich nach Großbritannien mit 35 Neukr. (20 Neukr. britisch-belgisch, 15 Neukr. d. ö. Vereins Porto) festgesetzt.

Die mit Marken unvollständig frankirten Briefe sind fortan nach den Bestimmungen der Verordnungen vom 28. Juni 1854 p. 14827—939 und vom 29. September 1854 p. 22855—1542 zu behandeln. Jedoch ist bei derselben Briefen nicht die für frankirte, sondern die für unfrankirte Briefe festgesetzte Taxe in Anwendung zu bringen.

3. Die für die Bestellung der Briefe bei nicht aerari- schen Postämtern festgesetzte Gebühr von 1 Neukr. darf bei Briefen aus Großbritannien, nicht mehr eingehoben werden.

4. Für recommanbire Briefe aus Österreich, nach Großbritannien ist nebst dem gewöhnlichen Porto nur die Recommandations-Gebühr von 10 Neukr. zu Gunsten der österreichischen Postanstalt, nicht aber auch die bisherige englische Recommandations-Gebühr von 25 Neukr. einzuhaben.

5. Alle übrigen Bestimmungen über die Behandlung der Correspondenzen zwischen Österreich und Großbritannien und namentlich die Bestimmung über die Behandlung der Kreuzband-Sendungen bleiben unverändert.

R. k. galiz. Post-Direction.

Lemberg, am 6. Juli 1859.

3. 3548. Edict. (586. 1—3)

Vom k. k. Kreisgerichte Rzeszów wird über Ein-

schriften des Joseph Maraszewski aus Czarna de präs. 31. Mai 1859 p. 3141 um Einleitung des Amortisa-

tionsverfahrens des zu Lancut am 20. Mai 1858 über 1045 fl. EM an die eigene Orde am 20. Mai 1859 zahlbar gezogenen von dem Aussteller nicht gefertigten von Simon Reich aus Rzeszów acceptirten Wechsels den Inhaber dieses Wechsels aufgefordert, selben binnen 45 Tagen vom Tage der letzten Einschaltung dieses Edic- tes in das Amtsblatt der „Krakauer Zeitung“ gerechnet, hierfür vorzulegen. widrigens dieser Wechsel als über Ansuchen des Joseph Maraszewski als amortisiert erklärt werden wird.

Rzeszów, am 30. Juni 1859.

Wiener-Börse-Bericht

vom 20. Juli.

Öffentliche Schuld.

A. Des Staates.

Geld Waare

In Ost. W. zu 5% für 100 fl. 70.75 71.—

Aus dem National-Anleben zu 5% für 100 fl. 79.— 79.30

Vom Jahre 1851. Ser. B. zu 5% für 100 fl. 74.50 74.75

Metalliques zu 5% für 100 fl. 74.50 74.75

ditto mit Verlösung v. J. 1834 für 100 fl. 67.— 67.50

1839 für 100 fl. 290.— 300.—

1854 für 100 fl. 118.50 119.—

1855 für 100 fl. 109.— 109.25

Gono-Mentenscheine zu 42 L. austr. 14.50 15.—

B. Der Kronländer.

Grundentlastung-Obligationen

von Nied. Österreich zu 5% für 100 fl. 91.— 92.—

von Ungarn zu 5% für 100 fl. 73.50 75.50

von Temes. Banat. Kroatien und Slavonien zu 5% für 100 fl. 73.— 74.—

5. Alle übrigen Bestimmungen über die Behandlung der Correspondenzen zwischen Österreich und Großbritannien und namentlich die Bestimmung über die Behandlung der Kreuzband-Sendungen bleiben unverändert.

6. Alle übrigen Bestimmungen über die Behandlung der Correspondenzen zwischen Österreich und Großbritannien und namentlich die Bestimmung über die Behandlung der Kreuzband-Sendungen bleiben unverändert.

7. Alle übrigen Bestimmungen über die Behandlung der Correspondenzen zwischen Österreich und Großbritannien und namentlich die Bestimmung über die Behandlung der Kreuzband-Sendungen bleiben unverändert.

8. Alle übrigen Bestimmungen über die Behandlung der Correspondenzen zwischen Österreich und Großbritannien und namentlich die Bestimmung über die Behandlung der Kreuzband-Sendungen bleiben unverändert.

9. Alle übrigen Bestimmungen über die Behandlung der Correspondenzen zwischen Österreich und Großbritannien und namentlich die Bestimmung über die Behandlung der Kreuzband-Sendungen bleiben unverändert.

10. Alle übrigen Bestimmungen über die Behandlung der Correspondenzen zwischen Österreich und Großbritannien und namentlich die Bestimmung über die Behandlung der Kreuzband-Sendungen bleiben unverändert.

11. Alle übrigen Bestimmungen über die Behandlung der Correspondenzen zwischen Österreich und Großbritannien und namentlich die Bestimmung über die Behandlung der Kreuzband-Sendungen bleiben unverändert.

12. Alle übrigen Bestimmungen über die Behandlung der Correspondenzen zwischen Österreich und Großbritannien und namentlich die Bestimmung über die Behandlung der Kreuzband-Sendungen bleiben unverändert.

13. Alle übrigen Bestimmungen über die Behandlung der Correspondenzen zwischen Österreich und Großbritannien und namentlich die Bestimmung über die Behandlung der Kreuzband-Sendungen bleiben unverändert.

14. Alle übrigen Bestimmungen über die Behandlung der Correspondenzen zwischen Österreich und Großbritannien und namentlich die Bestimmung über die Behandlung der Kreuzband-Sendungen bleiben unverändert.

15. Alle übrigen Bestimmungen über die Behandlung der Correspondenzen zwischen Österreich und Großbritannien und namentlich die Bestimmung über die Behandlung der Kreuzband-Sendungen bleiben unverändert.

16. Alle übrigen Bestimmungen über die Behandlung der Correspondenzen zwischen Österreich und Großbritannien und namentlich die Bestimmung über die Behandlung der Kreuzband-Sendungen bleiben unverändert.

17. Alle übrigen Bestimmungen über die Behandlung der Correspondenzen zwischen Österreich und Großbritannien und namentlich die Bestimmung über die Behandlung der Kreuzband-Sendungen bleiben unverändert.

18. Alle übrigen Bestimmungen über die Behandlung der Correspondenzen zwischen Österreich und Großbritannien und namentlich die Bestimmung über die Behandlung der Kreuzband-Sendungen bleiben unverändert.

19. Alle übrigen Bestimmungen über die Behandlung der Correspondenzen zwischen Österreich und Großbritannien und namentlich die Bestimmung über